

Meinung

Spahns Rücktritt

Er geht, bevor
die Koalition implodiert

MORITZ EICHHORN

Jens Spahn hat ein untrügliches Gespür für den richtigen Moment. Am Sonnabend trat er als Vorsitzender der Unionsfraktion zurück, per Brief an die Abgeordneten, mit einer Begründung, die so menschlich ist, dass jede Kritik daran sofort herzlos wirkt: Das persönliche Glück, mit seinem Mann eine Familie zu gründen, sei mit dem Amt nicht vereinbar.

Der Vater geht, der Politiker bleibt in Deckung. Ein eleganter Rückzug für jemanden, gegen den seit Monaten schwere Vorwürfe erhoben werden und mehrere Kampagnen laufen.

Die Empörung der Union bleibt dabei echt, und sie ist auch berechtigt. Ein CDU-Parteitag, der im Februar das Verbot der Leihmutterschaft bekräftigt und ein Fraktionschef, der zu diesem Zeitpunkt längst weiß, dass er selbst per Leihmutter in den USA Vater wird – das können Abgeordnete ihrem Vorsitzenden nicht durchgehen lassen. Und es widerspricht eben auch fundamentalen Überzeugungen großer Teile der Partei und noch größerer Teile der Wählerschaft.

Es war unvermeidlich

Niemand muss unterstellen, Spahn habe diese Krise inszeniert. Aber ein Mann, der seine Partei so gut kennt wie kaum ein Zweiter, wusste, was die Leihmutterschaft in der Union bedeutet. Er wusste, dass ein Verbleib an der Fraktionspitze nach Bekanntwerden unmöglich sein würde.

Vielleicht wollte er seinen Posten sowieso aufgeben, aber es sollte nicht nach Niederlage aussehen. Vielleicht will er sich für die Zukunft in Sicherheit bringen. In jedem Fall hat er es darauf ankommen lassen. Wer sehenden Auges in den unauflösbaren Konflikt geht, hat den Ausgang einkalkuliert und was für ein Ausgang: eine Entschuldigung, gegen die niemand polemisieren kann, ohne sich selbst zu beschädigen, und eine Rückkehroption noch dazu.

Denn man betrachte, was Spahn verlässt. Eine Koalition, die im Juli ihr großes Reformpaket vorlegte – 34 Maßnahmen, von denen der Kanzler selbst einräumte, der eine große Befreiungsschlag sei nicht dabei. Was stattdessen kam: eine gestaffelte Reichensteuer, ein gekürzter Handwerkerbonus, eine mehr als verdoppelte Minijob-Steuer, das Ende der telefonischen Krankschreibung. Reformen kann

man das nennen, oder als das bezeichnen, was es ist: Der Staat greift tiefer in die Taschen, weil er sich die eigenen Strukturen nicht zu reformieren traut. Die Rentenreform, die bis Jahresende kommen soll, wird die Beitragszahler nicht entlasten, sondern die Lasten lediglich neu etikettieren. Und das Wachstum, das all dies finanzieren müsste, gibt es nicht und wird es nicht geben.

Im September wird in Sachsen-Anhalt gewählt, und es ist wahrscheinlich, dass die AfD dort erstmals den Ministerpräsidenten stellt, denn das wünschen sich auch große Teile der CDU vor Ort. Danach beginnt in der Union die Abrechnung: Wer hat's verbockt, wer hat die Wähler nach rechts getrieben, wer stand in der ersten Reihe? Jens Spahn steht dann am Wickeltisch.

Einen ähnlichen Schachzug gab es schon einmal. Im Dezember 2011 trat Christian Lindner, damals FDP-Generalsekretär zurück, mitten in der Agonie der Rösler-FDP, mit dünnen Worten und ohne die Partei zu beschädigen – vor allem aber ohne sich von ihr beschädigen zu lassen. Als die Liberalen 2013 an der Fünfprozenthürde zerschellten, war Lindner der Einzige, der nicht in den Trümmern lag.

Er übernahm die Konkursmasse, baute sie vier Jahre lang um und kehrte 2017 als Wiederaufsteher in den Bundestag zurück. Die Lektion: Der rechtzeitige Rücktritt, vor allem aus edlen Motiven, ist keine Niederlage, sondern kann eine Versicherung sein.

Privat geerdet

Und so könnte das Später schneller kommen, als Friedrich Merz lieb ist. Wenn Schwarz-Rot am fehlenden Wachstum zerbricht, wenn die SPD nach der nächsten Wahlklatsche die Nerven verliert, wenn die Union einen Neuanfang braucht, dann steht da einer bereit, der rechtzeitig gegangen ist. Privat geerdet, politisch unverbraucht, von der Regierungsbilanz kaum beschädigt.

Die Kollegen, die jetzt bleiben und die Abgabenerhöhungen verteidigen müssen, während im Osten die Dämme brechen, werden sich in einem Jahr an diesen Samstag erinnern. Und verstehen, dass sie nicht Zeugen eines Rücktritts geworden sind, sondern einer Wiedervorlage.

Auskoppelung des Beitrages mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages.

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÖRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier
Chefredakteur: Moritz Eichhorn (WiSP)
Stellvertretender Chefredakteur: Daniel Cremer
Redaktionsleitung: Bettina Cosack, Tobias Müller (Stellv.)
Nachrichtenchef: Harald Neuber

Ressorts
Berlin: Anne-Katrin Palmer
Politik: Sophie-Marie Schulz
Wirtschaft: Liudmila Kotlyarova
Geopolitik: Nicolas Butylin
Debatte: Dr. Thomas Fassbender
Kultur: Susanne Lenz
Panorama: Barbara Russ, Marcus Weingärtner
Sport: Christian Kattner
Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Open Source: Markus Lotter
Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 33 11-457
E-Mail: leser-biz@berlinerverlag.com
Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH
Geschäftsführung: Jan Schmidt
Karl-Liebknecht-Straße 29, 10178 Berlin
Vorsitzender der Chefredaktionen OMH: Philippe Deblonne
Verlag: Berliner Verlag GmbH
Geschäftsführung: Christoph Stiller
Postadresse 11509 Berlin
Besucher: Karl-Liebknecht-Straße 29, 10178 Berlin
Telefon: +49 30 23 27-9; Fax +49 30 23 27-55 33
Anzeigen: OMH Vermarktung GmbH
Geschäftsführung: Christoph Stiller
Postadresse 11059 Berlin
Anzeigenannahme: +49 30 23 27 75 16; Fax: +49 30 23 27-66 97
E-Mail: kundenservice@berlinerverlag.com
Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerverlag.com
Es gilt die Anzeigenpreisliste, gültig ab 1. Januar 2026.
Druck: DDV Druck GmbH, Meinhofstraße 2, 01129 Dresden, Geschäftsführung: Volker Klaes, klaes.volker@ddv-mediengruppe.de
Leserservice Abo: +49 30 23 27 77,
E-Mail: leserservice@berlinerverlag.com

Print-Ausgabe und E-Paper der Berliner Zeitung erscheinen werktäglich Mo-Fr sowie als Wochenendausgabe samstäglich im Berliner Verlag.
Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.
Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de
Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskampf (Streik/Aussperrung) besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.
Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.